



Flüchtlingskrise: Zeit für eine Europainitiative

Beschluss des Bundesausschusses vom 07.11.2015

Wieder einmal erleben wir eine Krise, in der klar wird, dass nur eine europäische Lösung in Frage kommen kann. Diese Krise resultiert nicht aus einem Versagen der europäischen Institutionen, sondern aus einem Versagen der Nationalstaaten, die jahrelang unfähig und unwillig zur Zusammenarbeit waren.

Jetzt sind der Zusammenhalt der Europäer und die Zukunft des europäischen Einigungswerks in großer Gefahr, weil viele Regierungen angesichts der dramatisch gestiegenen Flüchtlingszahlen schwach und überfordert sind und der Druck radikaler und insbesondere rechtsradikaler Kräfte immer größer wird.

Der Strom der Flüchtlinge reißt nicht ab, weil die Fluchtursachen unverändert fortbestehen. Appelle an die Solidarität der Europäer reichen in dieser schwierigen Lage nicht.

Die Lösung liegt in einer wirksamen Sicherung der europäischen Außengrenzen und der Errichtung humanitärer Zugänge und Korridore in gemeinsamer europäischer Verantwortung.

Spätestens angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingszahlen sind die Regeln von Dublin unsolidarisch und de facto außer Kraft gesetzt. Sie halten der Realität nicht mehr stand und stoßen unter den Europäern nicht mehr auf ungeteilte Akzeptanz. Neue europäische Regeln dürfen diesen Fehler nicht wiederholen.

Die Europäische Union braucht umgehend eine schlüssige, gerechte und effektive europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik in Einklang mit europäischem Verfassungs- und internationalem Menschenrecht.

Die Versorgung der Menschen in europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, die aus Gründen der Lastenverteilung nicht nur an den Außengrenzen der Union liegen können, muss nach einheitlichen europäischen Standards erfolgen. Die Asyl- und Anerkennungsverfahren müssen dort in angemessener Frist, nach Möglichkeit binnen weniger Wochen, abgeschlossen werden.

Die Versorgung der Menschen, die als Asylsuchende oder Flüchtlinge anerkannt werden, kann nach nationalem Recht in den Mitgliedstaaten erfolgen.

Frontex muss zu einer europäischen Grenzschutzpolizei ausgebaut werden, die die Außengrenzen vor unkontrollierter Migration sichert, ohne dass Europa zu einer unzugänglichen Festung wird. Asyl- und Fluchtmigration muss möglich bleiben, aber geordnet und über kontrollierte Zugänge, etwa über diplomatische Vertretungen, vorstattengehen, damit die Schleuser ihre Geschäftsgrundlage verlieren und nicht die Schutz suchenden Menschen ihr Leben.

Eine europäische Asylbehörde, die für die Erstaufnahmezentren und die Verteilung der Menschen mit Bleiberecht auf die Mitgliedstaaten zuständig ist, muss schnellstmöglich aufgebaut werden.

Die Flüchtlinge müssen europaweit einheitlich und mit biometrischen Daten in einer europäischen Datenbank registriert werden, die Menschen nach Leistungsfähigkeit der

Mitgliedstaaten in Europa verteilt werden und dort auch, bis zur Erlangung eines dauerhaften Aufenthaltsstatus, residenzpflichtig sein.

Für Menschen, deren Asylgesuche abgelehnt oder die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, kann es, wie für andere Einwanderungswillige auch, eine Migration nach Europa nur im Rahmen einer mit den Mitgliedstaaten abgestimmten und auf ihre Arbeitsmarktbedürfnisse gestützten europäischen Einwanderungspolitik geben.

Im Innern gilt es durch kluge Entscheidungen und mutiges Handeln Orientierung zu geben und den Agitatoren, die sich die Verunsicherung vieler Bürger zunutze machen, beherzt entgegenzutreten. Fremdenfeindlicher Hass und Gewalt müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaats entschieden bekämpft werden. Ebenso dürfen Probleme der Integration nicht verschwiegen werden. Für kriminelle Handlungen, gleich ob sie von Einheimischen oder von Migranten verübt werden, darf es keine Toleranz geben.

Deutschland kann die große Integrationsaufgabe erfolgreich gestalten, wenn alle politischen Ebenen konzertiert zusammenarbeiten können und wollen. Dazu gehören auf beiden Seiten, bei der Bevölkerung wie bei den Neuankommenden, der Wille zur Integration und die Bereitschaft, die Werte unserer offenen Gesellschaft gemeinsam zu leben.

Auf europäischer Ebene kann die große Fluchtbewegung nur gemeinschaftlich beherrschbar bleiben. Die EU muss vorrangig darauf hinwirken, dass die Ursachen der Flucht wie Krieg, Unterdrückung und Not beseitigt oder zumindest erheblich verringert werden. Die EU kann dies nur durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erreichen. Diese soll im Idealfall Konflikten vorbeugen, im Ernstfall aber auch zur Intervention fähig sein. Dazu gehört auch eine vorausschauendere Unterstützung der UNO und ihrer Unterorganisationen, insbesondere eine massive Aufstockung der Mittel für das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen und seine Arbeit in den Flüchtlingslagern. Dies alles muss in Kombination mit einer umfassenden Entwicklungszusammenarbeit geschehen, die sich vor allem durch eine faire Handels- und eine nachhaltige Agrarpolitik auszeichnet.

Es ist Zeit für eine neue große Europainitiative!

Deshalb fordert die Europa-Union Deutschland:

- die Verwirklichung eines schlüssigen, gerechten und effektiven europäischen Asyl- und Flüchtlingssystems;
- die wirksame Sicherung der europäischen Außengrenzen durch die Weiterentwicklung von Frontex zu einer europäischen Grenzschutzpolizei und die Errichtung humanitärer Zugänge und Korridore in gemeinsamer Verantwortung;
- den Aufbau einer europäischen Asylbehörde mit Zuständigkeit für die Erstaufnahme und die Verteilung der Menschen mit Bleiberecht auf die Mitgliedstaaten;
- die Eröffnung von geordneten und kontrollierten Zugängen von Asylsuchenden und die Versorgung der Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen nach einheitlichen europäischen Standards;
- die Beseitigung bzw. die Eingrenzung von Fluchtursachen durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Kombination mit einer umfassenden Entwicklungszusammenarbeit und einer fairen Handels- und nachhaltigen Agrarpolitik;
- mehr Mittel für die UNO und ihre Unterorganisationen zur Finanzierung der Arbeit in den Flüchtlingslagern.